

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	166
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	06.10.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	OB Dr. Nopper, Frau Aufrecht (L/OB-RZ), Herr Bahde (Gigabit Region Stuttgart)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / as		
Betreff:	Aktueller Stand Breitbandausbau - mündlicher Bericht -		

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind auch die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik eingeladen.

OB Dr. Nopper ist anwesend, delegiert den Vorsitz jedoch an BM Fuhrmann.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigten Präsentationen sind dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll sind sie in Papierform beigelegt.

OB Dr. Nopper führt aus, in der Region Stuttgart beschreibe man bezüglich des Breitbandausbaus einen ganz besonderen Weg. Gemeinsam mit den fünf Landkreisen habe die Landeshauptstadt Stuttgart 2019 die Gigabit Region Stuttgart GmbH gegründet. In Kooperation mit der Deutschen Telekom verfolge man das Ziel, bis 2030 90 % aller Haushalte an das Glasfasernetz anzubinden. Von 179 Gemeinden in der Region Stuttgart beteiligten sich derzeit 177 an diesem Ausbauprogramm. Im Rahmen der Kooperation seien in Stuttgart bislang 100.000 Homes Passed-Anschlüsse (Glasfaser bis zur Grundstücksgrenze) durch die deutsche Telekom gebaut worden, allein 2022 seien es insgesamt 450 km Glasfaserstrecke gewesen. Damit habe sich der Glasfaserversorgungsgrad Homes Passed Ende 2022 in Stuttgart auf 22,9 % der Haushalte verbessert. Ende 2021 seien es noch 14,4 % gewesen. Der Ausbau von Glasfaserinfrastruktur sei koordinativ sehr aufwendig, sehr kostenträchtig und für die Kommunen ein großer Kraftakt. Für die ausbauenden Unternehmen sei der Ausbau mit viel bürokratischem Aufwand verbunden und nicht überall wirtschaftlich. Was den Versorgungsgrad mit

Glasfaser anbelange, so sei Stuttgart hier auf Platz 5 von 15 Großstädten vorgerückt und habe Berlin, Frankfurt/Main und Düsseldorf hinter sich gelassen. Bis Ende 2023 wolle die Stadt gemeinsam mit der Telekom weitere 33.000 Anschlüsse in der Stadt realisieren. Nicht alle Gebiete könnten sofort eigenwirtschaftlich angeschlossen werden, in manchen Bereichen lohne sich der Ausbau für die Telekommunikationsunternehmen aktuell nicht. Deshalb habe die Stadtverwaltung für den Anschluss dieser unterversorgten Gebiete sowie für Schulen und Krankenhäuser Fördermittel bei Bund und Land beantragt und bewilligt bekommen. Rd. 90 % der förderfähigen Kosten würden im Rahmen der Förderprogramme durch Bund und Land erstattet, 10 % verblieben bei der Stadt. In den unterversorgten Gebieten sollten nun 914 Gebäude mit Glasfaser versorgt werden. Im Hinblick auf die Schulen und Krankenhäuser würden in 33 Gebäuden rd. 46 Institutionen angeschlossen.

Anschließend berichtet Frau Aufrecht im Sinne der Präsentation. Dabei betont sie, dass die Mittel für den Ausbau für die Stadtverwaltung von elementarer Bedeutung seien und weist in diesem Zusammenhang explizit auf die haushaltsrelevante Mitteilungsvorlage 387/2023 hin, in der die Mittel für die Förder- und Markterkundungsverfahren sowie die technische und juristische Begleitung des Breitbandausbaus beantragt würden.

Herr Bahde stellt das Gigabit-Projekt anhand der Präsentation vor. Ergänzend hebt er hervor, die Region Stuttgart sei hier beispielhaft für viele andere Regionen, u. a. hätten auch die Region Heilbronn/Franken und der Hamburger Senat ähnliche Modelle gewählt. Die EU-Kommission habe das Modell als beispielhaft für europäische Wirtschaftsregionen beurteilt. Aktuell arbeite die GRS daran, einen zweiten Partner für die Landeshauptstadt Stuttgart aufzubauen, um die Geschwindigkeit des Ausbaus zu halten bzw. weiter zu steigern. Ende 2025 sollten 50 % der Haushalte angeschlossen sein. Dabei müsse der Ausbau mit anderen Infrastrukturmaßnahmen synchronisiert werden. Die Baukosten seien in den letzten 18 Monaten um 20 - 30 % gestiegen, während das Budget der Telekom für den Ausbau bei 2 Mrd. EUR für ganz Deutschland gleichgeblieben sei. Da die Telekom den Ausbau quasi exklusiv durchführe, brauche man im Hinblick auf das Wettbewerbsrecht u. a. auch juristische Expertise.

Ergänzend informiert Frau Aufrecht, im Gebiet Emerholz baue Versatel aus. Die Stadt sei mit allen Anbietern im Gespräch, nichtsdestotrotz dominiere hier die Telekom klar.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken für die Ausführungen.

StRin Fischer (90/GRÜNE) gratuliert der Stadt zum Preis Gigabit Region. Das Spannungsfeld sei gut beschrieben worden. Angesichts der Verzögerungen und Hemmnisse stelle sich ihr die Frage, ob das Gesamtziel bis 2030 erreicht werden könne. Weiter erkundigt sie sich, ob es üblich sei, die Wirtschaftlichkeitslücken eher gering zu halten, oder ob man nicht besser das Risiko auf Betreiber und Eigentümer auslagere. Sie fragt nach Ideen, das Vorgehen zu beschleunigen.

Als Top-Thema sowohl für den Wirtschaftsstandort als auch die privaten Haushalte bezeichnet auch StRin Porsch (CDU) die Digitalisierung. Trotz des guten Rankings sei der Abstand zu München noch sehr groß. Sie bittet, die Gründe hierfür zu nennen. Im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeitslücken erkundigt sie sich nach dem Zeitplan für den Ausbau. Hier sollte die Geschwindigkeit nach Möglichkeit erhalten werden. Erfreulich sei die gute Platzierung Ludwigsburgs in der Region, auch hier bittet sie um eine Begründung.

StR Dr. Jantzer (SPD) begrüßt, dass hier die gesamte Wirtschaftsregion beteiligt ist. Durch das Arbeiten im Homeoffice, das massiv zugenommen habe, spiele der Breitbandausbau eine immer größere Rolle. Für die Bevölkerung sei es nicht einfach, wenn ständig Straßen aufgerissen würden, um Kabel oder Rohre zu verlegen. In Heidelberg gebe es einen Grabungsausschuss, in dem man sich ämterübergreifend über aktuelle Vorhaben abstimme. Dies sei nicht irrelevant angesichts des ab 2025 geplanten Ausbaus der Wärmenetze, zunächst mit 17 km/Jahr bis später 40 km/Jahr. Er regt einen solchen Ausschuss auch für Stuttgart an. Angesichts der deutlichen Baukostensteigerung erkundigt er sich, ob die Summe, die in Ziffer 2 des Beschlussantrags der GRDs 731/2023 genannt werde, möglicherweise nicht ausreiche?

Auch StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) bittet um Erläuterung der Gründe, warum von den 179 Gemeinden in der Region zwei sich nicht beteiligt hätten. Ebenso bittet sie um Näheres, wie Hamburg den Breitbandausbau aus eigenen Mitteln ohne ein beteiligtes Unternehmen finanziert habe. Was die Telekom anbelange, so führe diese den Ausbau ihrer persönlichen Erfahrung nach eher nicht ohne Dienstvertrag durch. Hier bittet sie um detaillierte Informationen über die Vorgehensweise der Telekom. Sie übt Kritik an den Baustellen, die bislang eher nicht gesichert seien. Fußgängerwege würden nicht ausgeschildert. Darauf sollten die Telekom bzw. die Ausführenden hingewiesen werden. Grundsätzlich sehe ihre Fraktion die Gefahr einer Monopolbildung bei der Telekom, insofern begrüße sie die enge juristische Begleitung durch die Stadt. Ausdrücklich begrüßt sie auch den Anschluss von Schulen und Krankenhäusern.

Als notwendig für sämtliche Felder in der Gesellschaft bezeichnet StR Puttenat (PULS) den Ausbau. Er vertraue der Expertise der Verwaltung, die das Vorhaben weiterbetreiben solle.

StR Zaiß (FW) weist darauf hin, dass die Anschlüsse nicht ohne Bautätigkeit geschaffen werden könnten. Dazu müssten die Straßen und Gehwege genutzt werden, was zu unumgänglichen Einschränkungen führe. Hier setze er auf das Verständnis der Menschen.

Frau Aufrecht wendet sich zunächst an StRin Fischer und schickt voraus, die Fragen zur Wirtschaftlichkeitslücke betreffen TOP 2 (NNr 167/2023). Sie werde sie jedoch an dieser Stelle beantworten. Das Projekt sei europaweit ausgeschrieben worden, worauf sich zunächst zwei Anbieter beworben hätten. Am Ende sei nur noch ein Anbieter übriggeblieben, der die momentan unterversorgten Standorte in Stuttgart ausbaue. Insofern sehe sie keine Möglichkeiten mehr, den Ausbau günstiger zu erreichen. Sie erinnert an den ersten Beschluss hierzu, bei dem man von einem Volumen von fast 15 Mio. EUR ausgegangen sei. Bei der aktuellen Ausschreibung seien 5 Mio. EUR zu investieren. Sie begrüße, dass sich Bund und Land mit einer Förderung von 90 % beteiligten. Aktuell sei das Graue-Flecken-Förderprogramm ausgeschrieben. Eine Bewerbung hierfür erachte sie als sinnvoll. Bei der Ausbaugeschwindigkeit spielten die Stadtwerke - auch an anderen Standorten - eine wesentliche Rolle.

Gegenüber StRin Tiarks führt sie aus, was die Hausanschlüsse anbelange, so dürften andere Unternehmen die Telekomanschlüsse vermarkten. Dies habe möglicherweise dazu geführt, dass bei der Stadträtin das Bild von "Drückerkolonnen" entstanden sei. Sie stellt klar, dass der Hausanschluss bislang kostenlos sei. Dies gelte jedoch nicht für den Wohnungsanschluss.

An StR Dr. Jantzer gewandt erklärt sie mit Blick auf den Gutachterausschuss und die Baustellen, Tiefbauamt, Amt für öffentliche Ordnung und die Telekom stimmten sich permanent ab. Dennoch lasse sich nicht vermeiden, dass Gehwege innerhalb kurzer Zeit wegen unterschiedlichster Baumaßnahmen mehrmals aufgerissen werden müssten, was verständlicherweise zu Unmut in der Bevölkerung führe. Hier fungiere ihre Abteilung als Ansprechpartner. Sie räumt ein, dass oft Unternehmen der Telekom involviert seien, unter denen sich schwarze Schafe befänden. In solchen Fällen gehe ihre Abteilung auf die Telekom zu, und so könne relativ schnell Abhilfe geschaffen werden.

Herr Bahde ergänzt an StRin Fischer gewandt, er sei, bezogen auf die gesamte Region, sehr zuversichtlich, dass die Ziele bis Ende 2025 und 2030 erreicht würden. Was die Landeshauptstadt betreffe, sei es herausfordernder. Auf Nachfrage der StRe Dr. Jantzer und Köhler (AfD) erklärt Herr Bahde, in Stuttgart seien 450 km, in der Region knapp 5.000 km pro Jahr gebaut worden. Angesichts des enormen Personalaufwands im Tiefbauamt für die Genehmigungen sei dies eine sehr gute Leistung. Er betont, die Ämter seien sehr kooperativ. Für die Telekom sei es wichtig, eine Verlegung auf ihren Bestandstrassen vorzunehmen. Bei Mindertiefen sei dies technisch nicht möglich, was die Angelegenheit verteuere. Die Ziele würden erreicht, was Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser anbelange. Eine weitere Beschleunigung des Ausbaus wäre nur mit erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen machbar.

Von den Städten, die im Ranking vor Stuttgart lägen, könne man in erster Linie lernen, dass sie fünf bis sechs Jahre früher begonnen hätten. Diesen zeitlichen Vorsprung könne man kaum aufholen. In München hätten die Stadtwerke mit M-net das Projekt vorangetrieben, in Köln die NetCologne, ein eigenständiges Wirtschaftsunternehmen, und in Hamburg habe die wilhelm.tel GmbH, ein nicht städtisches Unternehmen, eigenwirtschaftlich ausgebaut. Gegenüber StRin Porsch legt er dar, die Stadt Ludwigsburg rangiere vorne, weil deren Stadtwerke seit dreieinhalb Jahren vier große Cluster ausbauen. Einen zusätzlichen Geschwindigkeitshub habe die Kooperation mit der Telekom ergeben.

An dieser Stelle ergänzt OB Dr. Nopper, die Stadtwerklandschaft sei in anderen Städten z. T. historisch anders gewachsen. Er weist darauf hin, dass Düsseldorf als Landeshauptstadt weit hinter Stuttgart liege.

Herr Bahde erläutert weiter, bei den beiden Kommunen, die sich nicht beteiligt hätten, handle es sich um Schorndorf und Göppingen. Dort hätten die Stadtwerke geplant, den Glasfaserausbau alleine durchzuführen. Der Gemeinderat von Schorndorf habe vor zehn Tagen beschlossen, der Gigabit Region Stuttgart beizutreten. In Göppingen baue der Energieversorger Filstal mit einem Tochterunternehmen Glasfaser entlang des Filstals aus.

Man habe erreichen können, dass die Telekom keine Vorvermarktungsquoten habe, wie sie im Markt üblich seien. Das bedeute, dass die Telekom nicht darauf achte, wie viele Interessensbekundungen von Haushalten vorlägen. Vielmehr gebe es eine zentrale, rollierende Ausbauplanung über einen Zeithorizont von jeweils zwei Jahren. Der nächste rollierende Ausbauplan sei für Ende Oktober vorgesehen. Darin werde festgelegt, was ausgebaut werde, unabhängig davon, ob jemand einen Vertrag abschließe oder nicht.

BM Fuhrmann stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen hat von dem Bericht Kenntnis
genommen.

Zur Beurkundung

Sabbagh / as

Verteiler:

- I. L/OB
zur Weiterbehandlung
L/OB-RZ

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
WFB-K
 5. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 6. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 7. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 8. Referat T
Tiefbauamt (2)
 9. Amt für Revision
 10. L/OB-K
 11. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. StRin Yüksel (Einzelstadträtin)

kursiv = kein Papierversand